

**Kleine Anfrage zur kurzfristigen schriftlichen Beantwortung
gemäß § 46 Abs. 2 GO LT**

Abgeordneter Stefan Marzischewski-Drewes (fraktionslos)

Islamistische Gefährder in Niedersachsen

Anfrage des Abgeordneten Stefan Marzischewski-Drewes (fraktionslos) an die Landesregierung, eingegangen am 29.07.2026

Der mutmaßlich islamistische Anschlag auf den CSD in Berlin am 25. Juli 2025 erschütterte die Bevölkerung unseres Landes. Es herrschen Trauer und Entsetzen, verbunden mit der Forderung einer lückenlosen Aufklärung dieses Verbrechens.

Parteiübergreifend ertönen Rufe nach schärferen Gesetzen und verstärktem Strafrecht. Die Polizeigewerkschaft fordert sowohl mehr Befugnisse bei der Aufklärung von Verbrechen als auch bei der Verhinderung von Straftaten (vergleiche: Tagesschau vom 27.07.2025).¹

Die Abwehr von Straftaten und ihre mögliche Verhinderung setzen eine konkrete Analyse der Ursachen und der aktuellen Situation voraus.

Laut einem Bericht von *Mediendienst Integration* vom 27. Juli 2025 geht das Bundesamt für Verfassungsschutz laut neuestem Verfassungsschutzbericht (2025) von 28 645 Personen mit Islamismuspotenzial aus. 410 Personen werden laut Bundeskriminalamt (BKA) als „Gefährder“ eingestuft. Von diesen sind 255 in Deutschland aufhältig, 155 befinden sich im Ausland. 100 der in Deutschland befindlichen Personen befinden sich in Haft.²

In ihrer Antwort vom 11.02.2026 auf eine Kleine Anfrage eines Abgeordneten der AfD (Drucksache 19/6492) geht die Landesregierung in Niedersachsen von 52 Personen aus, die als „Gefährder“ eingestuft wurden.

Daraus ergeben sich u. a. folgende Fragen:

1. Wie viele Personen werden aktuell durch die Landesregierung als „Gefährder“ eingestuft (bitte untergliedern in 1. „deutsche Staatsangehörigkeit“, „doppelte Staatsangehörigkeit“ und „ausländische Staatsangehörigkeit“ und 2. Aufenthaltsort: Wohnsitz in Niedersachsen, Haft, im Ausland befindlich, Aufenthaltsort unbekannt)?
2. Welche Kriterien führen zur Einstufung als „Gefährder“, wer nimmt diese Einstufung vor, und in welchem Zeitrahmen wird die Aktualität dieser Einstufungen überprüft?
3. Welche konkreten Maßnahmen plant die Landesregierung - auch in Anbetracht der Ereignisse am 25. Juli 2026 in Berlin -, um die Gefahr islamistischer Anschläge und Straftaten bereits im Vorfeld weiter zu verringern?

¹ <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/csd-anschlag-taeter-aufklaerung-100.html>

² <https://mediendienst-integration.de/extremismus/extremistischer-islamismus/wie-viele-extremistische-islamisten-gibt-es-in-deutschland/>